Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz

Vom 26. November 1996 (Stand 20. September 2016)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck

¹ Diese Verordnung vollzieht das Finanzhaushaltsgesetz vom 18. Juni 1987¹⁾.

§ 2 Internes Kontrollsystem

¹ Auf organisatorischer Ebene, wie auch auf der Führungsebene, sind alle notwendigen Massnahmen zu treffen, um das Vermögen des Kantons zu schützen, eine genaue und zuverlässige Buchführung zu gewährleisten und die Einhaltung der gesetzlichen Normen zu sichern.

² Die Finanz- und Kirchendirektion erlässt die notwendigen Weisungen.

§ 3 Verfügungsvollzug

¹ Der Vollzug ausgaben- oder einnahmenwirksamer Verfügungen umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- a. unverzügliche Vornahme der notwendigen Verbuchungen;
- b. laufende Aktualisierung der Stamm- und Bewegungsdaten aller für das Rechnungswesen relevanter Datenbanken;
- c. Führung eines Mahnwesens.

² Die Verwaltungseinheit, die die Verfügungen vorbereitet, ist für die Einhaltung der Grundsätze gemäss Absatz 1 verantwortlich.

§ 4 Subventionsauszahlung

¹ Die Subventionsauszahlung erfolgt in der Regel innert 3 Monate nach Erfüllung der Voraussetzungen und allfälliger Bedingungen.

² Die Subventionsauszahlung kann in Tranchen erfolgen.

1) GS 29.492, SGS [310](#)

§ 5 Grundsätze für die Abgabe von Baurechten

¹ Als Dauer eines Baurechtes ist vorzusehen:

- a. bei gewerblicher Nutzung: 50 Jahre;
- b. bei Wohnungsnutzung: 80 Jahre;
- c. bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses (z.B. sozialer Wohnungsbau): 100 Jahre.

² Der Baurechtszinsbetrag ist auf der Basis von 80% des marktüblichen Verkehrswertes des unbebauten Landes festzulegen.

³ Der Baurechtszins entspricht dem Satz für die 1. Hypothek der Basellandschaftlichen Kantonalbank für die entsprechende Nutzung. Bei Baurechten, die aufgrund eines öffentlichen Interesses abgegeben werden, kann der Baurechtszins nach dem Landesindex der Konsumentenpreise indiziert werden.

⁴ Die Bedingungen für das Baurecht sind alle 5 Jahre zu überprüfen und allenfalls anzupassen.

⁵ Für den Heimfall gilt:

- a. bei gewerblicher Nutzung erfolgt in der Regel keine Entschädigung;
- b. bei Wohnnutzung ist eine Entschädigung zu vereinbaren, die einen Bruchteil des dannzumaligen Verkehrswertes beträgt.

§ 6 Besondere Bestimmungen

¹ Im Einverständnis mit dem Regierungsrat kann bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses von den Grundsätzen gemäss § 5 abgewichen werden.

² Unterbaurechte und Stockwerkeigentum werden in der Regel nicht gewährt.

§ 7 * ...

§ 8 Finanzkontrolle

¹ Die Finanzkontrolle richtet sich bei ihrer Tätigkeit insbesondere nach den von der schweizerischen Treuhandkammer aufgestellten Grundsätzen.

2 Rechnungswesen

§ 9 Grundsätze des Rechnungswesens

¹ Als Grundsätze des Rechnungswesens gelten:

- a. Jährlichkeit: Voranschlag und Rechnung werden für 1 Kalenderjahr erstellt;
- b. Klarheit: die Konten sind eindeutig und verständlich zu bezeichnen;

- c. Vollständigkeit: alle Finanzvorfälle und Buchungstatbestände werden in der Buchhaltung aufgezeichnet;
- d. Wahrheit: alle wirtschaftlichen Sachverhalte sind korrekt zu erfassen und zu verarbeiten;
- e. Vorherigkeit: der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat den Vorschlag für das kommende Rechnungsjahr bis spätestens Ende September;
- f. Bruttoverbuchung: die Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben ist unzulässig;
- g. Buchungszeitpunkt: Ausgaben und Einnahmen sind zum Zeitpunkt zu verbuchen, zu dem sie geschuldet sind;
- h. Rechnungsabgrenzung: Zahlungsvorgänge, denen eine Leistung über mehrere Rechnungsperioden zugrunde liegt, oder die ein anderes Rechnungsjahr betreffen, sind zeitlich abzugrenzen.

§ 10 **Kontenrahmen**

¹ Die Verwaltungsrechnung und die Bestandesrechnung werden gemäss dem Schweizerischen Kontenrahmen der Öffentlichen Haushalte²⁾ geführt.

§ 11 **Kontenplan**

¹ Die Finanz- und Kirchendirektion bestimmt den detaillierten Aufbau von Budget und Rechnung (Kontenplan).

§ 12 * ...

§ 13 **Darlehen, Eventualverpflichtungen und -guthaben**

¹ Die Dienststellen führen die Verzeichnisse über:

- a. Rechnungen der Zweckvermögen;
- b. Spezialrechnungen kantonaler Anstalten;
- c. Nachtragskredite;
- d. Verpflichtungskredite;
- e. Bürgschafts-, Garantie- und nicht bilanzierte Leasingverpflichtungen;
- f. den Gesamtbetrag der Treuhandgeschäfte;
- g. Wertschriften und Beteiligungen im Finanzvermögen unter Angabe des Beschaffungswertes sowie der Rendite;
- h. ausstehende Annuitäten der Schulhäuser;
- i. Eventualverpflichtungen.

² Die Dienststellen verfassen die erläuternden Bemerkungen.

2) Handbuch des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte, 1981, Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren.

³ Die Verzeichnisse und die erläuternden Bemerkungen sind über die Direktionen nach Massgabe der Termine der Finanz- und Kirchendirektion zu melden.

§ 14 Interne Verrechnungen

¹ Interne Verrechnungen bedürfen des Einverständnisses der zu belastenden Dienststelle.

² Die Finanz- und Kirchendirektion bestimmt den Zinssatz für interne Belastungen. Sie berücksichtigt die Marktentwicklung.

§ 15 Autonome Rechnungsführung

¹ Der Regierungsrat kann andere Verwaltungseinheiten zur selbständigen Rechnungsführung in der Verwaltungsrechnung und in der Bestandesrechnung ermächtigen.

3 Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung

§ 16 Zahlungsverkehr

¹ Der Zahlungsverkehr erfolgt zentral durch die Finanz- und Kirchendirektion.

² Sie bestimmt die zulässigen Bank- und Postcheck-Konten.

§ 17 Vermögensverwaltung

¹ Die Finanz- und Kirchendirektion ist für die Verwaltung und Bewirtschaftung der Geldmittel (Cash-Management) zuständig.

² Sie verwaltet die Wertschriften und Grundpfandtitel. Sie kann die Verwaltung ganz oder teilweise delegieren.

4 Inventare und Aufbewahrung

§ 18 Inventarführung, Inventur

¹ Die Inventarführung dient der Kontrolle und der Übersicht über die vorhandenen Vermögenswerte.

² Die Inventare sind laufend nachzuführen und auf Ende der Rechnungsperiode der vorgesetzten Direktion zu melden.

³ Die Inventur ist in der Regel jährlich durchzuführen.

§ 19 Inventare kantonaler Immobilien

¹ Die Bau- und Umweltschutzdirektion führt die Inventare über:

- a. die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen;
- b. die Liegenschaften im Finanzvermögen;
- c. die treuhänderisch verwalteten Liegenschaften;
- d. die Entsorgungsanlagen;
- e. die Strassen samt Nebenanlagen.

§ 20 Inventare über Mobilien

¹ Folgende Dienststellen führen besondere Inventare:

- a. die Finanzverwaltung über alle Wertschriften;
- b. * das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion über die gesamte Hard- und Software;
- c. das Amt für Kultur über alle Kunstgegenstände;
- d. das Tiefbauamt über alle Motorfahrzeuge;
- e. das Hochbauamt über das gesamte Büromobiliar.

² Bestehende Teilinventare werden von den entsprechenden Dienststellen weitergeführt.

³ Jede Dienststelle führt Inventar über ihre Geräte.

⁴ Alle Dienststellen sind verpflichtet, die Inventare nach Massgabe der Termine der Finanz- und Kirchendirektion bzw. der Finanzkontrolle diesen zur Verfügung zu stellen.

§ 21 Koordination und Kontrolle

¹ Die Finanz- und Kirchendirektion ist zuständig für die Koordination und Kontrolle der Inventarführung und der Inventur. Sie kann ergänzende Inventarvorschriften insbesondere über nicht inventarpflichtige Gegenstände erlassen.

§ 22 Vermögensaufbewahrung

¹ Bargeld, Wertschriften und Grundpfandtitel sind möglichst feuer- und diebstahlsicher zu verwahren.

² Wertgegenstände von Verwaltungsangehörigen dürfen nicht unter gemeinsamem Verschluss mit kantonalen Beständen aufbewahrt werden.

³ Die Dienststellen bezeichnen für jeden Bargeldbestand eine verantwortliche Person.

⁴ Beim Austritt der verantwortlichen Person ist die Nachfolge zu regeln.

§ 23 Treuhänderisch verwaltete Mittel

¹ Die Dienststellen sind verantwortlich für die sachgemässe Aufbewahrung, Verwaltung und die Buchführung der ihnen treuhänderisch übertragenen Vermögenswerte.

5 ... *

§ 24 * ...

§ 25 * ...

§ 26 * ...

§ 27 * ...

§ 28 * ...

6 Verpflichtungskredite**§ 29 Sammelverpflichtungskredit**

¹ Die Vorlage für einen Sammelverpflichtungskredit enthält:

- a. eine stichwortartige Beschreibung jeden Vorhabens;
- b. die Ausgabenhöhe jeden Vorhabens;
- c. die Eigenleistungen bei jedem Vorhaben;
- d. die Gesamtkreditsumme.

² Die für das einzelne Vorhaben bezeichnete Ausgabenhöhe ist verbindlich. Die Jahresquote wird für die Gesamtheit der Vorhaben gesprochen.

³ Die einzelnen Vorhaben sind innert 2 Jahre nach ihrer Vollendung gesondert abzurechnen. Bei der Abrechnung des letzten Vorhabens ist zugleich über den Gesamtkredit abzurechnen.

§ 30 Abrechnung

¹ Ein Verpflichtungskredit ist brutto abzurechnen. Die Abrechnung der vom Volk oder vom Landrat bewilligten Verpflichtungskredite bedarf der Genehmigung des Landrates.

² In allen Kreditabrechnungen müssen folgende Vorgaben eingehalten bzw. abgehandelt sein:

- a. Konto / Objekt;
- b. projektverantwortliche Person;
- c. Krediterteilung;
 1. Datum des Landratsbeschlusses;
 2. Projekt- und Baukreditbewilligung;
 3. Nummer der Vorlage;
 4. Kreditbetrag nominal brutto Preisbasis Landratsbeschluss in Franken;
 5. Preisbasisdatum und Indexstand;
 6. Indexteuerung bis Bauausschreibung in CHF (einschliesslich Indexdatum und -stand);
 7. Teuerung während der Bauzeit in CHF;
 8. Endkredit real einschliesslich Teuerung in CHF;
- d. Abweichungen gegenüber bewilligtem Projekt;
 1. Begründung;
 2. Qualität, Leistungen, Termine, Kosten;
- e. Bauzeit / Projektlaufzeit / Datum der Fertigstellung;
- f. Kreditabrechnung;
 1. Gesamtkosten einschliesslich Teuerung in CHF;
 2. Abweichung nominal gegenüber Kredit Preisbasis Landratsbeschluss in CHF;
 3. Abweichungen real gegenüber Endkredit in CHF;
 4. Abweichung real gegenüber Endkredit in %;
 5. Bezeichnung der Beiträge Dritter;
 6. Beiträge Dritter in CHF (einschliesslich der noch ausstehenden);
- g. Antrag.

§ 31 Verzeichnis der Verpflichtungskredite

¹ Das Verzeichnis der Verpflichtungskredite weist den Stand der bewilligten Kredite und ihre Inanspruchnahme durch Zahlungen aus.

7 Projektierungskosten

§ 32 Grundsätze

¹ Projektierungskosten umfassen alle Ausgaben, die zur Erreichung der Realisierungsstufe oder der nächsten Projektierungsstufe nötig sind, wie Spezialuntersuchungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen.

² Projektierungskosten über CHF 100'000 bedürfen grundsätzlich eines separaten Ausgabenbeschlusses. Wenn die Realisierung des Vorhabens nicht vom Projektierungsergebnis abhängt, sind die Projektierungsausgaben zusammen mit den Realisierungsausgaben zu beschliessen.

³ Bei Bauvorhaben mit Gesamtkosten von über CHF 10 Mio. (ohne Grundstückserwerb) sind die Ausgaben für die einzelnen Projektierungsstufen je einzeln zu beantragen. Bei kleineren Bauvorhaben sind sie gesamthaft in einer einzelnen Projektierungsausgabe oder zusammen mit der Realisierungsausgabe zu beantragen.

⁴ Zur Bestimmung der Ausgabenzuständigkeit sind die Projektierungskosten zu den Realisierungskosten hinzuzurechnen.

§ 33 Bauten

¹ Für die Realisierung von Bauten gelten folgende Projektierungsstufen:

- a. Studien und Konzept;
- b. Vorprojekt;
- c. Bauprojekt;
- d. Ausführungsprojekt.

² In der Laufenden Rechnung sind zu verbuchen:

- a. die Ausgaben für Studien und Konzepte;
- b. die gesamten Projektierungskosten für Bauten, deren Realisierungskosten in der Laufenden Rechnung verbucht werden.

³ Die Ausgaben für das Vorprojekt sowie für das Bauprojekt sind in der Investitionsrechnung zu verbuchen.

§ 34 Strassenbauten

¹ Für die Realisierung von Strassenbauten gelten folgende Projektierungsstufen:

- a. regionale Strassennetzpläne;
- b. generelle Projekte;
- c. Bauprojekte.

² Die Projektierungskosten sind grundsätzlich in der Investitionsrechnung zu verbuchen.

³ Ausgaben für die Anpassung regionaler Strassennetzpläne sind in der laufenden Rechnung zu verbuchen.

8 Budget und Rechnung

§ 34a * Aufgaben- und Finanzplan

¹ Das Budget mit seinen Anhängen und der Finanzplan sind im Aufgaben- und Finanzplan zusammengefasst.

² Das Budget bildet das 1. Jahr des Aufgaben- und Finanzplans, der Finanzplan die 3 darauffolgenden Jahre.

³ Der Aufgaben- und Finanzplan wird dem Landrat zur Festsetzung des Budgets und zur Genehmigung des Finanzplans unterbreitet.

§ 35 Budgetrichtlinien

¹ Die Finanz- und Kirchendirektion entwirft jährlich Planungsrichtlinien für den Aufgaben- und Finanzplan. *

² Diese berücksichtigen insbesondere die letzte Staatsrechnung, das Budget des laufenden Jahres, den Finanzplan, sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. *

³ Die Finanz- und Kirchendirektion unterbreitet den Entwurf der Planungsrichtlinien dem Regierungsrat zum Beschluss. *

⁴ Die vom Regierungsrat beschlossenen Planungsrichtlinien werden der Finanzkommission zur Kenntnisnahme unterbreitet. *

⁵ Die Verwaltungseinheiten budgetieren und planen nach Massgabe der beschlossenen Planungsrichtlinien. *

§ 36 Finanzplan

¹ Die Finanz- und Kirchendirektion entwirft den Aufgaben- und Finanzplan. *

² Die Verwaltungseinheiten liefern der Finanz- und Kirchendirektion die angeforderten Unterlagen und das Zahlenmaterial. *

§ 36a * Jahresprogramm

¹ Das Jahresprogramm ist auf das Budget des Aufgaben- und Finanzplans abgestimmt.

² Es wird dem Landrat zur Kenntnisnahme unterbreitet.

§ 36b * Jahresbericht

¹ Die Staatsrechnung mit ihren Anhängen und der Amtsbericht sind im Jahresbericht zusammengefasst.

² Der Jahresbericht wird dem Landrat zur Abnahme der Staatsrechnung und zur Genehmigung des Amtsberichts unterbreitet.

§ 37 Spezialfinanzierungen

¹ Spezialfinanzierungen sind Bestandteil der kantonalen Rechnung.

² Sie werden im Aufgaben- und Finanzplan sowie in der Staatsrechnung separat ausgewiesen. *

³ Für die Verwaltung der Spezialfinanzierungen ist der Regierungsrat zuständig.

⁴ Einlagen und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen sind in der Laufenden Rechnung zu verbuchen.

9 Änderungsbestimmungen

§ 38 Änderung der Stellenverordnung

¹ Die Verordnung vom 11. Januar 1977³⁾ über die Schaffung und Besetzung von Stellen sowie über die Budgetierung der Personalkosten (Stellenverordnung) wird wie folgt geändert: ...⁴⁾

§ 39 Änderung der Gebührenverordnung des Sicherheitsinspektors

¹ Die Verordnung vom 26. April 1994⁵⁾ über die Gebühren des Sicherheitsinspektors wird wie folgt geändert: ...⁶⁾

§ 40 Änderung der Gebührenverordnung des Lufthygieneamtes

¹ Die Verordnung vom 20. Dezember 1994⁷⁾ über die Gebühren des Lufthygienamtes beider Basel wird wie folgt geändert: ...⁸⁾

§ 41 Änderung der Verordnung über die JMS-Dienstverhältnisse

¹ Die Verordnung vom 10. April 1973⁹⁾ über die Dienstverhältnisse in den Jugendmusikschulen wird wie folgt geändert: ...¹⁰⁾

3) GS 26.289, SGS 140.24

4) GS 32.678

5) GS 31.639, SGS [144.271](#)

6) GS 32.678

7) GS 31.896, SGS [144.611](#)

8) GS 32.678

9) GS 25.88, SGS 156.81

10) GS 32.678

§ 42 Änderung der Gebührenverordnung zum Zivilrecht

¹ Die Verordnung vom 8. Januar 1991¹¹⁾ über die Gebühren zum Zivilrecht wird wie folgt geändert: ...¹²⁾

§ 43 Änderung der Verordnung über Beiträge an die JMS

¹ Die Regierungsratsverordnung vom 10. April 1973¹³⁾ über Staatsbeiträge an Jugendmusikschulen wird wie folgt geändert: ...¹⁴⁾

§ 44 Änderung der Verordnung über Beiträge an Sonderschulen

¹ Die Verordnung vom 27. Dezember 1977¹⁵⁾ über die Beiträge an Sonderschulen und Heime wird wie folgt geändert: ...¹⁶⁾

§ 45 Änderung der Bewilligungsgebührenverordnung für Abfallanlagen

¹ Die Verordnung vom 14. September 1993¹⁷⁾ über Bewilligungsgebühren für Abfallanlagen wird wie folgt geändert: ...¹⁸⁾

§ 46 Änderung der Gebührenverordnung zum Energiegesetz

¹ Die Verordnung vom 12. Oktober 1993¹⁹⁾ über Bewilligungen nach dem Energiegesetz wird wie folgt geändert: ...²⁰⁾

§ 47 Änderung der Verordnung über den Bevölkerungsschutz

¹ Die Verordnung vom 24. Juli 1990²¹⁾ zu Gesetz und Dekret über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter wird wie folgt geändert: ...²²⁾

§ 48 Änderung der Gebührenverordnung über das Gewässerschutzrecht

¹ Die Verordnung vom 28. März 1995²³⁾ über die Gebühren für den Vollzug des Gewässerschutzrechts wird wie folgt geändert: ...²⁴⁾

11) GS 31.491, SGS [211.71](#)

12) GS 32.679

13) GS 25.84, SGS 366.12

14) GS 32.679

15) GS 26.648, SGS 368.42

16) GS 32.679

17) GS 31.356, SGS 427.11

18) GS 32.681

19) GS 31.376, SGS [490.13](#)

20) GS 32.681

21) GS 30.333, SGS 731.11

22) GS 32.681

23) GS 32.154, SGS 782.11

24) GS 32.681

§ 49 Änderung der Regierungsratsverordnung über den Teuerungsausgleich auf BVK-Renten

¹ Die Regierungsratsverordnung vom 13. August 1979²⁵⁾ über die Teuerungszulagen auf den Renten der Beamtenversicherungskasse wird wie folgt geändert: ...²⁶⁾

§ 50 Änderung der Gebührenverordnung über den Giftverkehr

¹ Die Verordnung vom 8. Februar 1994²⁷⁾ über Bewilligungsgebühren für den Verkehr mit Giften und für den Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen wird wie folgt geändert: ...²⁸⁾

§ 51 Änderung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Anweisungen und Liefer- und Werkverträge

¹ Der Regierungsratsbeschluss vom 15. Februar 1972²⁹⁾ betreffend Zuständigkeitsordnung für die Unterzeichnung von Anweisungen sowie der Liefer- und Werkverträge wird wie folgt geändert: ...³⁰⁾

§ 52 Änderung der Verordnung über die Besorgung und die Benützung des Staatsarchivs

¹ Die Verordnung vom 21. Februar 1961³¹⁾ über die Besorgung und Benützung des Staatsarchivs wird wie folgt geändert: ...³²⁾

§ 53 Änderung des Regierungsratsbeschlusses betreffend die Festsetzung der Entschädigungen für eingenommene Verpflegungen in den staatlichen Anstalten und Betrieben sowie staatlich unterstützten Heimen

¹ Der Regierungsratsbeschluss vom 29. November 1972³³⁾ betreffend die Festsetzung der Entschädigungen für eingenommene Verpflegungen in den staatlichen Anstalten und Betrieben sowie staatlich unterstützten Heimen wird wie folgt geändert: ...³⁴⁾

25) GS 27.142, SGS 834.24

26) GS 32.682

27) GS 31.577, SGS 955.51

28) GS 32.682

29) GS 24.689, SGS [140.21](#)

30) GS 32.682

31) GS 21.711, SGS 147.12

32) GS 32.683

33) GS 24.888, SGS [157.22](#)

34) GS 32.683

§ 54 Änderung des Regierungsratsbeschlusses über die Verteilung der Kosten der Amtsvormundschaft zwischen Staat und Gemeinden und über die Entschädigung nebenamtlicher Amtsvormünder und Fürsorgerinnen

¹ Der Regierungsratsbeschluss vom 13. November 1962³⁵⁾ über die Verteilung der Kosten der Amtsvormundschaft zwischen Staat und Gemeinden und über die Entschädigung nebenamtlicher Amtsvormünder und Fürsorgerinnen wird wie folgt geändert: ...³⁶⁾

§ 55 Änderung des Pflichtenhefts für die Amtsvormünder des Kantons Basel-Landschaft

¹ Das Pflichtenheft vom 20. Oktober 1964³⁷⁾ für die Amtsvormünder des Kantons Basel-Landschaft wird wie folgt geändert: ...³⁸⁾

10 Schlussbestimmungen

§ 56 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Es werden aufgehoben:

- a. die Verordnung vom 8. Februar 1994³⁹⁾ über die Vergabe von Aufträgen an Dritte und den Abschluss von privatrechtlichen Verträgen durch die Bau- und Umweltschutzdirektion,
- b. die Weisung der Finanz- und Kirchendirektion vom 3. Februar 1988⁴⁰⁾ betreffend Verfahrensfragen bei der Ausgabenbewilligung, insbesondere im Bereich des Hoch- und Tiefbaus.

§ 57 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

35) GS 22.181, SGS 214.11

36) GS 32.684

37) GS 22.707, SGS 145.13

38) GS 32.684

39) GS 31.581, SGS 144.55

40) nicht publiziert

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
26.11.1996	01.01.1997	Erlass	Erstfassung	GS 32.669
17.06.2008	01.07.2008	Titel 5	aufgehoben	GS 36.704
17.06.2008	01.07.2008	§ 24	aufgehoben	GS 36.704
17.06.2008	01.07.2008	§ 25	aufgehoben	GS 36.704
17.06.2008	01.07.2008	§ 26	aufgehoben	GS 36.704
17.06.2008	01.07.2008	§ 27	aufgehoben	GS 36.704
17.06.2008	01.07.2008	§ 28	aufgehoben	GS 36.704
02.06.2009	01.07.2009	§ 7	aufgehoben	GS 36.1140
07.09.2010	01.10.2010	§ 12	aufgehoben	GS 37.205
15.01.2013	01.03.2013	§ 20 Abs. 1, lit. b.	geändert	wg. GS 38.12
30.08.2016	20.09.2016	§ 34a	eingefügt	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 35 Abs. 1	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 35 Abs. 2	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 35 Abs. 3	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 35 Abs. 4	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 35 Abs. 5	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 36 Abs. 1	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 36 Abs. 2	geändert	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 36a	eingefügt	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 36b	eingefügt	GS 2016.037
30.08.2016	20.09.2016	§ 37 Abs. 2	geändert	GS 2016.037

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	26.11.1996	01.01.1997	Erstfassung	GS 32.669
§ 7	02.06.2009	01.07.2009	aufgehoben	GS 36.1140
§ 12	07.09.2010	01.10.2010	aufgehoben	GS 37.205
§ 20 Abs. 1, lit. b.	15.01.2013	01.03.2013	geändert	wg. GS 38.12
Titel 5	17.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.704
§ 24	17.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.704
§ 25	17.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.704
§ 26	17.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.704
§ 27	17.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.704
§ 28	17.06.2008	01.07.2008	aufgehoben	GS 36.704
§ 34a	30.08.2016	20.09.2016	eingefügt	GS 2016.037
§ 35 Abs. 1	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 35 Abs. 2	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 35 Abs. 3	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 35 Abs. 4	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 35 Abs. 5	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 36 Abs. 1	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 36 Abs. 2	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037
§ 36a	30.08.2016	20.09.2016	eingefügt	GS 2016.037
§ 36b	30.08.2016	20.09.2016	eingefügt	GS 2016.037
§ 37 Abs. 2	30.08.2016	20.09.2016	geändert	GS 2016.037